

## **Wesentliche Ergebnisse**

### **1. Armut und soziale Ausgrenzung sind weiterhin bedeutende Hindernisse, um das Ziel des inklusiven Wachstums der Europa-2020-Strategie zu erreichen**

Auf EU-Ebene ebenso wie in den meisten Mitgliedstaaten ist der Abstand zu den Zielen der Europa-2020-Strategie im Bereich Beschäftigung, Armut und soziale Ausgrenzung größer als in den vorigen Jahren. 2011 ist die Armut in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen und dieser Trend scheint sich zu verfestigen. Obwohl den Themen Armut und soziale Ausgrenzung immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, fokussieren sich die Jährlichen Wachstumsberichte und Länderspezifischen Empfehlungen weiterhin vor allem auf Wirtschaftswachstum durch Haushaltskonsolidierungen und das Unterstützen der Wettbewerbsfähigkeit.

### **2. Die Wirtschaftskrise und die Maßnahmen, die sie bekämpfen sollen, verschärfen die Unterschiede in den Wohlfahrtspolitiken und sozialen Schutzsystemen in der EU; Die Konsequenzen dieser Maßnahmen sind vor allem in den Programmländern zu sehen.**

Während die Länder, die weniger unter wirtschaftlichem Anpassungsdruck stehen und ein etabliertes soziales Wohlfahrtssystem besitzen, Reformen zur Modernisierung und erhöhten Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen durchführen, kürzen schwächere Länder, die von der EU durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus finanziell unterstützt werden, ihre Haushalte drastisch. Diese Kürzungen haben Auswirkungen auf den Kern des Wohlfahrtssystems und erhöhen den Abstand zu den stärkeren Ländern. Das Ergebnis ist, dass sich die Unterschiede beim Umfang des Sozialschutzes verschärfen und die Unterschiede zwischen zentralen/nördlichen und südlichen/peripheren Regionen Europas vergrößern.

### **3. Die anhaltende Krise verursacht einen dramatischen Anstieg von Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten**

Dieser Trend könnte zu einem Bruch des sozialen Zusammenhalts führen, nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Ländern. Dies ist, angesichts der Tatsache, dass der soziale Zusammenhalt in den letzten Jahrzehnten eines der zentralen Prinzipien des europäischen Integrationsprozesses darstellte, ein beunruhigender Trend. Um diese Schieflage wieder zu korrigieren, braucht es langfristige Maßnahmen, vor allem da die aktuellen Vorgänge die Basis für Fortschritte in Richtung eines Europas, das auf Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit basiert, untergraben.

#### **4. Die aktuellen Reformen haben negative Auswirkungen auf den Zugang zu sozialen Diensten und sozialem Schutz, vor allem für besonders hilfsbedürftige Menschen**

In Ländern mit einem höheren Niveau an sozialem Schutz erfahren hilfsbedürftige Menschen immer mehr Einschränkungen, was den Zugang zu Sozialleistungen betrifft (mehr Konditionalitäten, weniger Einkommen, etc.); in Ländern mit einem geringeren Niveau an sozialem Schutz (oft im Süden/in der Peripherie) gibt es mehr soziale Ausgrenzung und soziale Sicherungssysteme, Transferleistungen eingeschlossen, sind nicht in der Lage die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, was dazu führt, dass viele Menschen nicht nur vom Wirtschaftssystem, sondern auch von öffentlichen Diensten ausgeschlossen werden.

#### **5. Die Arbeitsmarktbedingungen verschlechtern sich immer weiter, während gleichzeitig weitere Arbeitsplätze abgebaut werden und die Arbeitslosigkeit ansteigt**

In vielen Ländern entwickelt sich die hohe Arbeitslosigkeit, die immer weiter ansteigt, zu einem strukturellen Problem. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate ohne Arbeit) und der arbeitslosen Jugendlichen (15-24 Jahre) steigt kontinuierlich an und erreicht ein inakzeptables Niveau. Die Anzahl junger Menschen, die nicht in Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung sind („Not in employment, education or training“, NEETs) steigt dramatisch an. Diese Entwicklung kann die weitere Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen gefährden, was wiederum die Erholung des Arbeitsmarktes dämpfen kann, vor allem in schwächeren Mitgliedstaaten.

#### **6. Es gibt immer mehr Armut trotz Erwerbstätigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse**

Steigende Armut trotz Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Faktor für Einkommensgefälle, die nicht nur durch eine hohe Arbeitslosigkeit bedingt sind, sondern auch durch immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeitstellen, niedrige Löhne sowie eine mangelnde bzw. begrenzte Sozialversicherung und Sozialleistungen (Flexibilität im Arbeitsleben verursacht häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Diese Situation wirkt sich vor allem auf junge Menschen aus, die nach einer Phase der Arbeitslosigkeit Gefahr laufen, trotz Arbeit arm zu bleiben.

#### **7. Neue Daten zeigen, dass Kinder und Jugendliche in einer stärkeren und tiefer greifenden Form von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind**

Kinder, Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Menschen mit einem niedrigen Bildungsgrad sind besonders von der Krise betroffen. 2011 konnten sich 37,9

Prozent der Bevölkerung der 28 EU-Mitgliedstaaten keine unerwarteten Ausgaben leisten. In vielen Ländern ist zu erwarten, dass Kinderarmut in den kommenden Jahren weiter ansteigt und die gesamte kindliche Entwicklung beeinflusst, was langfristig schlimme Folgen haben wird. Die Armut von Jugendlichen und die Übertragung von Armut auf junge Menschen sind besorgniserregend, trotzdem stellt das Problem weder auf EU- noch auf nationaler Ebene eine Priorität dar.

#### **8. Die Kürzung oder das Einfrieren von grundlegenden sozialen Dienstleistungen verschlimmert besonders schwere Formen der Ausgrenzung**

Viele Familien erleben eine bedeutende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Sparmaßnahmen verschlechtern den Zugang zu und die Qualität von öffentlichen Dienstleistungen, die für von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen jedoch zentral sind. Der Gebührenanstieg für einige grundlegende soziale Dienste (Gesundheitsversorgung, der Zugang zu Gerichten, Wohnraum) hat langfristige, negative Auswirkungen auf die Würde und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen sowie auf deren Möglichkeiten der uneingeschränkten Teilhabe an der Gesellschaft.

#### **9. Ein größerer Anteil an Einwanderern sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht**

Nationale Regierungen und die EU geben sich Mühe, die Migrationsströme zu kontrollieren. Einige der Maßnahmen führen jedoch zu restriktiven Einwanderungspolitiken, die einen höheren Anteil an Einwanderern aus formaler Beschäftigung und den sozialen Sicherungssystemen in irreguläre Aufenthaltssituationen drängen. Der Anstieg der irregulären Immigration wird höchstwahrscheinlich auch zu einem Anstieg der Ausbeutung von Arbeitskräften führen.

#### **10. Obwohl in der EU-Agenda der Roma-Frage immer mehr Bedeutung zukommt, verbessern sich die Lebensumstände und Chancen der Roma nur geringfügig**

Bei vielen Nationalen Strategien zur Inklusion der Roma bedarf es Nachbesserungen, was die Festlegung spezifischer Ziele, konkreter Maßnahmen und der ausreichenden Bereitstellung finanzieller Mittel betrifft. Bis jetzt haben diese Strategien jedoch weder einen realen oder positiven Einfluss auf die nationale Roma-Politik noch auf die Lebensumstände der Roma. Einige Länder weisen weiterhin EU-Bürger, die Roma sind, aus, ohne ihnen ein Recht auf angemessene Unterkunft einzuräumen oder ihnen eine Chance auf Bildung und Arbeit zu geben.

**11. In vielen Ländern werden wenig Mittel aus den EU-Fonds abgerufen und der Zugang von Nichtregierungsorganisationen zu diesen Geldern bleibt begrenzt**

Länder mit einer höheren Arbeitslosigkeit und einer stärkeren sozialen Ausgrenzung rufen besonders wenig Mittel aus den EU-Fonds ab. Caritas Europa macht sich über diese Situation große Sorgen. Manche Länder nutzen die EU-Fonds verstärkt, um soziale Inklusion voranzutreiben, passen Planungen an und verteilen die Fördergelder um, wenn sie neue soziale Bedarfe identifizieren. Dies ist jedoch leider nicht in vielen Ländern der Fall. Der Zugang von Nichtregierungsorganisationen zum ESF bleibt beschränkt.

**12. Der Jahreswachstumsbericht 2013 konzentriert sich weiterhin auf Maßnahmen, die Wirtschaftswachstum schaffen, vernachlässigt jedoch Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**

Der Jahreswachstumsbericht 2013 fordert die Mitgliedstaaten zum ersten Mal dazu auf, (i) Kinderarmut vorzubeugen, (ii) steuerliche Regelungen, die Anreiz zur privaten Verschuldung geben, zu überarbeiten und (iii) qualitativ hochwertige und kostengünstige Kinderbetreuungsangebote bereitzustellen. Dennoch widmet sich der Jahreswachstumsbericht nur in sehr begrenztem Umfang Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, obwohl diese in der Mehrheit der Mitgliedstaaten steigt.

**13. Nur sehr wenige länderspezifische Empfehlungen aus dem Jahr 2013 greifen Armut und soziale Ausgrenzung auf; einige Empfehlungen können sogar zu einem Anstieg von Armut und sozialer Ausgrenzung führen**

Obwohl manche länderspezifische Empfehlungen dazu beitragen können, das Niveau an Armut und sozialer Ausgrenzung zu senken, sind sie zumeist ungenügend, nicht detailliert genug oder können sogar dazu beitragen, dass die Armut steigt (wie beispielsweise einige Empfehlungen zu Budgetkürzungen oder niedrigeren öffentlichen Investitionen). Einige länderspezifische Empfehlungen können, je nachdem wie sie interpretiert und umgesetzt werden, entweder positive oder negative Auswirkungen haben.

**14. Es mangelt an Konsultation, oder die von den Mitgliedstaaten durchgeführte Konsultation bei der Erarbeitung der Nationalen Reformprogramme ist begrenzt oder ineffizient**

Die mangelhafte Konsultation zeigt die Kluft zwischen den Gesellschaften und den politisch Verantwortlichen auf und trägt dazu bei, dass EU-Projekte und -Prozesse als undemokratisch wahrgenommen werden. Eine solche Wahrnehmung kann dazu führen, dass die EU als eine Organisation wahrgenommen wird, die fern von der Realität der normalen Bürger handelt.

**Schlüsselempfehlungen**

Die Europa-2020-Strategie soll intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum fördern, wobei es jedoch in der Realität den Anschein hat, dass die Säule der sozialen Inklusion vergessen wurde. Der Umsetzungsprozess der Strategie, das sogenannte Europäische Semester, konzentriert sich hauptsächlich auf die makroökonomische Entwicklungen, während Armut und die Folgen von Armut nicht in den zu überprüfenden makroökonomischen Fakten enthalten sind. Es muss sich aber die Frage gestellt werden, was Armut sein soll, wenn nicht ein Bestandteil makroökonomischer Entwicklungen? Und was bringt eine makroökonomische Untersuchung, wenn diese Armut außen vor lässt? Außerdem sollte die Politik sich nicht nur darauf versteifen, die Beschäftigungsquoten in Europa zu steigern, sondern auch Armut und soziale Ausgrenzung verringern. Diese beiden Ziele der Europa-2020-Strategie müssen parallel zu den anderen umgesetzt werden; es darf kein Ziel auf Kosten des anderen erreicht werden.

2011 stellte der Schattenbericht von Caritas Europa heraus, dass sich die Nationalen Reformprogramme vor allem auf die Wirtschaft und haushaltspolitische Anpassungen konzentrieren und dazu neigen, soziale Aspekte zu vernachlässigen. 2012, in der 2. Ausgabe des Schattenberichts, bekräftigte Caritas Europa, dass sich dieser Trend durch den ganzen Europa-2020-Prozess (Europäisches Semester) zieht und sprach Empfehlungen zum Umsetzungsprozess der Europa-2020-Strategie und anderen Aspekten aus.

Die folgenden Empfehlungen beziehen sich auf verschiedene Teile des Europäischen Semesters und richten sich an die EU-Institutionen und die Regierungen, die wichtige Rollen in der Umsetzung der Europa-2020-Strategie spielen.

## Der Europa-2020-Prozess und der Finanzstabilitätsmechanismus

*Caritas Europa ist weiterhin davon überzeugt, dass das Europäische Semester Potenzial hat, die sozialen Aspekte der Europa-2020-Strategie stärker zu berücksichtigen. Deswegen, und wegen der steigenden Armut in Europa, empfiehlt Caritas Europa:*

### **1. Die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sollte in der gesamten Umsetzung der Europa-2020-Strategie sichtbar sein**

Der Jahreswachstumsbericht sollte sich ebenso auf Armut und soziale Ausgrenzung konzentrieren wie auf wirtschaftliche Reformen.

Zusätzlich gilt:

- Der Bericht sollte ausdrücklich sagen, dass die Prioritäten der EU Maßnahmen beinhalten, die sich auf die wachsende Armut in gefährdeten Gruppen wie **Familien und Kindern, Migranten, Jugendlichen, Roma und Arbeitnehmern** richten. Zudem sollte die EU Politiken vorantreiben, die die Gründe für Armut bekämpfen, wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Kürzungen von Sozialleistungen und Zugangsbeschränkungen zu sozialen Diensten.
- Die Richtlinien für die Nationalen Reformprogramme sollten die Mitgliedstaaten dazu ermutigen in ihren Programmen darzulegen, wie diese Fragen in ihrer nationalen Politik angegangen werden oder werden sollen.

Alle Länder sollten länderspezifische Empfehlungen zur Armut erhalten (vor allem die Länder, in denen die Armutsrate steigt oder in denen die Armutsrate über dem EU-Durchschnitt liegt).

Zusätzlich gilt:

- ➔ Länderspezifische Empfehlungen zu arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsmaßnahmen sollten die Mitgliedstaaten ebenfalls auffordern, Maßnahmen zur **Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze<sup>1</sup>** zu ergreifen. Die von den länderspezifischen Empfehlungen geforderten Arbeitsmarktreformen sollten darauf untersucht werden, ob sie zu schlecht bezahlten oder unsicheren Arbeitsverhältnissen führen.
- ➔ Die **sozialen Auswirkungen der Empfehlungen** (vor allem der Empfehlungen zu Haushaltskonsolidierungen) sollten schon beim Erstellen der länderspezifischen Empfehlungen beachtet werden.

Die Nationalen Reformprogramme sollten umfassender auf die Bereiche Sozialschutz und soziale Inklusion eingehen und sich dabei explizit auf die **Armutsbekämpfungsziele** beziehen. Die Nationalen Reformprogramme sollten detailliert aufzeigen, wie die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts in Bezug auf Armutsbekämpfung in den nationalen Politiken aufgegriffen werden.

## **2. Programmländer sollten die Möglichkeit haben, Fortschritte bei den sozialen Zielen der Europa-2020-Strategie zu machen**

In Anbetracht der Tatsache, dass die EU-Finanzhilfen eine Haushaltskonsolidierung implizieren und daher Kürzungen bei den grundlegenden Dienstleistungen und Sozialleistungen verursachen, die wiederum zu einem Anstieg von Armut und sozialer Ausgrenzung führen, empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Jegliche Bedingungen für Finanzhilfen, die zur Abschaffung oder **Schwächung der Universalität von bestehenden grundlegenden Dienstleistungen** führen, müssen **vermieden werden**. Dieser Ansatz widerspricht grundlegenden sozialen Rechten und führt zu einem Anstieg von Armut und Ungleichheit.
- ➔ Der **allgemeine Zugang zu Mindestleistungen und einem Mindesteinkommen sollte in den betroffenen Ländern garantiert werden**, falls nötig durch Zusicherung von finanziellen Hilfen.
- ➔ **Europäische Finanzhilfen sollen Maßnahmen, die auf soziale Investitionen abzielen, unterstützen**, wie z.B. Investitionen in Kinder und Jugendliche.
- ➔ Länder, die EU-Finanzhilfen in Anspruch nehmen („**Programmländer**“) sollen, wie alle anderen Länder auch, **umfassende Länderspezifische Empfehlungen** enthalten. Die Länderspezifischen Empfehlungen für Programmländer sollten

---

<sup>1</sup> Angemessene Arbeitsplätze („decent jobs“) geben Menschen die Möglichkeit, ein würdiges Leben durch ihre Arbeit zu führen. Solche Arbeitsplätze beinhalten ein angemessenes Gehalt, Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Absicherung für Familien, Voraussetzungen für die persönliche Entwicklung und zur sozialen Integration sowie die Freiheit der Angestellten, Kritik zu äußern. Mehr dazu in: „Poverty in Europe: A learning and working Europe“, Caritas Europa 2010.

nicht darauf beschränkt werden, die Mitgliedstaaten lediglich zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen („Memorandum of Understanding“) aufzurufen.

### **Themen, die dringend angegangen werden müssen, um den Trend steigender Armut umzukehren**

*Europäische Statistiken sowie Aussagen, die von Caritas-Organisationen auf der lokalen Ebene gesammelt wurden, zeigen, dass Kinder und arme Familien, Jugendliche, Roma und Migranten weiterhin besonders stark von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Durch die Kürzungen öffentlicher Ausgaben für grundlegende soziale Dienstleistungen und Sozialleistungen sowie durch steigende Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich die Situation dieser Gruppen in den letzten Jahren verschlechtert. Zudem reicht ein Arbeitsplatz immer seltener aus, um Armut zu vermeiden. Mitgliedstaaten sollten daher Politiken einführen, die diese Herausforderungen angehen und die EU sollte diese Politiken in ihren verschiedenen Prozessen und Agenden Priorität einräumen.*

### **3. Kinderarmut und die Armut von Familien sollten im Europa-2020-Prozess prioritär behandelt werden und sich in den ESF-Programmen widerspiegeln**

Unter Beachtung des kontinuierlichen Anstiegs von Kinderarmut und den ernststen langfristigen Konsequenzen von Kinderarmut für die europäische Gesellschaft empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Kinderarmut sollte in speziellen Länderspezifischen Empfehlungen angesprochen werden (vor allem in den Ländern mit den höchsten Kinderarmutsraten oder in denen Kinder im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen besonders von Armut betroffen sind).
- ➔ Die Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut in ihre Nationalen Reformprogramme aufnehmen und sich gezielter für Kinderbetreuung einsetzen.
- ➔ Die Operationellen Programme des ESF sollten zeigen, wie die Mitgliedstaaten in den Kampf gegen Kinderarmut investieren.
- ➔ Die Empfehlung zu Investitionen in Kinder sollte umgesetzt werden und als Querschnittsaufgabe in die nationalen Politiken eingehen.

### **4. Gezielte und umfassende Maßnahmen werden zur Bekämpfung von Jugendarmut gebraucht**

Unter Beachtung der wachsenden Armut unter jungen Menschen empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Sowohl der Jahreswachstumsbericht als auch die Länderspezifischen Empfehlungen sollten die Mitgliedstaaten dazu auffordern, Maßnahmen zur Sicherung qualitativ hochwertiger und angemessener Arbeitsplätze für junge Menschen umzusetzen.
- ➔ Die Nationalen Reformprogramme sollten über die jeweiligen Maßnahmen berichten, die verhindern sollen, dass junge Menschen verarmen, einschließlich

des **Schutzes arbeitsloser Jugendlicher**, die an arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsmaßnahmen teilnehmen. Die NRPs sollen ebenfalls über die konkreten Maßnahmen berichten, die **prekären und unsicheren Arbeitssituationen von Jugendlichen entgegenwirken**.

- ➔ Bei der Umsetzung der *Jugendbeschäftigungsinitiative* sollten die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen ex-ante daraufhin überprüfen, ob Ausbildungs- oder Praktikumsstellen wirklich das Potential haben, Arbeitsstellen zu schaffen, die verhindern, dass jemand verarmt. Jedes Risiko, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, sollte bei der Umsetzung von ESF-Projekten vermieden werden.

### **5. Effektive Migrationspolitiken sollten angewandt werden**

In Anbetracht der Tatsache, dass Migranten weiterhin Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind und einer steigenden ausländerfeindlichen Tendenz in ganz Europa empfiehlt Caritas Europa:

Die Integration von Migranten sollte als Querschnittsaufgabe in alle Politiken aufgenommen werden, so dass die Bedürfnisse von Migranten mit einem integrierten Ansatz angegangen werden können. Diese Maßnahmen sollten beinhalten:

- ➔ Den Zugang von Migranten zum Gesundheitssystem, zu Wohnraum und zu Sozialleistungen zu erleichtern und Programme für Neuankömmlinge aufzulegen
- ➔ Bildungsprogramme und arbeitsmarktpolitische Aktivierungsmaßnahmen aufzulegen und die Anerkennung offizieller Qualifikationen basierend auf den erworbenen Kompetenzen zu erleichtern. Die EU sollte die Umsetzung von Anti-Diskriminierungsmaßnahmen beobachten.
- ➔ Die Mitgliedstaaten sollten Migranten den Zugang zu Grundrechten garantieren, und Grundrechte wie medizinische Betreuung, Bildung und Beratung für irreguläre Migranten sicherstellen.

### **6. Die Empfehlung für Maßnahmen zur effektiven Eingliederung von Roma sollte umgesetzt werden**

In Anbetracht der Tatsache, dass noch immer ein hoher Anteil von Roma in der gesamten EU unter extremer Armut und sozialer Ausgrenzung leidet, empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Der Rat sollte die Empfehlung für Maßnahmen zur effektiven Eingliederung von Roma in den Mitgliedstaaten unterstützen.
- ➔ Die Europäische Kommission sollte deren effektive Umsetzung überwachen, einschließlich einer besseren Nutzung von EU-Instrumenten (Europäische Richtlinien, Politiken und Fonds) und einer effektiven Umsetzung der Nationalen Strategien zur Inklusion der Roma.
- ➔ Die Kommission sollte die Aufnahme gezielter Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum in die Operationellen Programme der EU-Fonds 2014-2020 begleiten.



**7. Die angewendeten Politiken dürfen keinesfalls Bedingungen schaffen, die zu Armut trotz Erwerbstätigkeit und einer Segmentierung des Arbeitsmarktes führen**

In Anbetracht des Anstiegs von Arbeitsmarktsegmentierung und Armut trotz Erwerbstätigkeit empfiehlt Caritas Europa:

- Prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken sollte eine **Kernaufgabe der nationalen und EU-Beschäftigungspolitik** darstellen.
- In diesem Kontext sollte die Kommission bei der Vorstellung der **Prioritäten des Jahreswachstumsberichts**, die die Belebung des Arbeitsmarktes und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit betreffen, unterstreichen, wie wichtig es ist, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen, um Armut zu verhindern.
- Folglich sollten die Länderspezifischen Empfehlungen die Mitgliedstaaten (wo nötig) dazu auffordern, Themen wie **Mindestlöhne, den Rückgang von Arbeitsplatzsicherheit, das Überhandnehmen von befristeten Stellen und Teilzeitbeschäftigung und die Versuche, Arbeitsplätze durch arbeitsmarktpolitische Aktivierungsmaßnahmen wie Ausbildungen zu ersetzen**, anzugehen. Jedes Risiko, prekäre Arbeitsplätze zu schaffen, sollte bei der Umsetzung von ESF-Projekten zur Arbeitsplatzschaffung vermieden werden.

### Soziale Investitionen und EU-Fonds

**8. Es ist dringend notwendig, Initiativen zu sozialen Investitionen zu schaffen, um den negativen Auswirkungen von finanziellen Anpassungen entgegenzuwirken**

In Anbetracht des Anstiegs von Ungleichheit und der negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen, vor allem in Ländern, die EU-Finanzhilfe erhalten, empfiehlt Caritas Europa:

- **Initiativen zu sozialen Investitionen** in den Mitgliedstaaten aufzulegen, um die Ergebnisse finanzieller Anpassungen auszugleichen.
- Die Initiativen, die von den **EU-Fonds und der Europäischen Investitionsbank** unterstützt und von verschiedenen europäischen Prozessen vorangetrieben werden, sollen darauf zielen, die existierenden sozialen Elemente der Wohlfahrtsstaaten zu schützen und die Säulen des europäischen Sozialmodells zu stärken.
- Innerhalb der verschiedenen Maßnahmen sollte die Schaffung **qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze** eine Priorität darstellen, ebenso wie Initiativen zur Stärkung von **Unternehmen der Sozialwirtschaft** und sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, sowie solche, die die **Rolle des gemeinnützigen Sektors bei der Schaffung verschiedener Beschäftigungsformen** für Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sind, stärken.

**9. Die Europäische Kommission sollte die nötigen Maßnahmen einleiten um sicherzustellen, dass das Sozialinvestitionspaket auf nationaler Ebene umgesetzt wird**

In Anbetracht der Wichtigkeit der Agenda des Sozialinvestitionspakets ist dessen ordnungsgemäße Umsetzung auf nationaler Ebene von zentraler Bedeutung. Caritas Europa empfiehlt daher, dass die Kommission die notwendigen Maßnahmen einleitet um sicherzustellen, dass das Sozialinvestitionspaket umgesetzt wird, indem:

- ➔ die spezifischen Prioritäten des Sozialinvestitionspakets in den Rahmen des Jahreswachstumsberichts aufgenommen werden. Die Reformen, die durch die Länderspezifischen Empfehlungen vorangetrieben werden sollen, sollten konkrete Empfehlungen zur Umsetzung der spezifischen Maßnahmen des Sozialinvestitionspakets enthalten.
- ➔ Über Fortschritte bei der Umsetzung des Sozialinvestitionspakets sollte in den Nationalen Reformprogrammen berichtet werden.
- ➔ Die Umsetzung des Sozialinvestitionspakets sollte durch die Europäischen Strukturfonds, insbesondere durch den ESF, unterstützt werden.

**10. Es sollten mehr EU-Gelder zur Armutsbekämpfung und für soziale Inklusion bereitgestellt werden**

In Anbetracht des niedrigen Ausgabenniveaus des ESF und den Problemen der Nichtregierungsorganisationen bei der Beantragung von EU-Geldern empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Um die Aufhebung von Mittelbindungen in der aktuellen Förderperiode zu vermeiden, sollten nicht ausgegebene Gelder **zugunsten von Programmen zur Unterstützung von Beschäftigung und sozialer Inklusion**, insbesondere von den am meisten benachteiligten Gruppen, **umverteilt werden**.
- ➔ Aufgrund der Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen und Hilfen für die am meisten Benachteiligten, sollte sichergestellt werden, dass **ein möglichst hoher Anteil der Kohäsionsfonds in den ESF fließt und ein möglichst hoher Anteil von ESF-Geldern zur Armutsbekämpfung genutzt** wird.
- ➔ Die Europäische Kommission sollte bei den Verhandlungen der Operationellen Programme 2014-2020 einen kohärenten Ansatz für Themen wie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sicherstellen. Ursachen und **Faktoren, die zu Armut von Kindern, Familien, jungen Menschen und der arbeitenden Bevölkerung**, aber auch von Roma und Migranten führen, sollten in den Programmen höchste Priorität eingeräumt werden.
- ➔ Der Einsatz von **EU-Fonds zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen zu Armut und sozialer Inklusion sowie zu allen relevanten Prioritäten des Sozialinvestitionspakets** sollten sowohl durch das Monitoring der EU-Fonds als auch durch das Europäische Semester begleitet werden.

- ➔ Mitgliedstaaten müssen unbedingt die Umsetzung der EU-Fonds vereinfachen, insbesondere durch vereinfachte Programme oder andere Möglichkeiten, die in dem Verordnungsentwurf vorgesehen sind.
- ➔ **Organisationen der Zivilgesellschaft sollten** im Planungsprozess, in den Operationellen Programmen und bei der Umsetzung von EU-Fonds für die am meisten Benachteiligten **als verlässliche Partner anerkannt werden.**

## Die Rolle der Zivilgesellschaft im Europa-2020-Prozess

### 11. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft sollte verbessert werden

In Anbetracht des abnehmenden Vertrauens der Bevölkerung in die EU und den nur begrenzt durchgeführten Konsultationen der Mitgliedstaaten bei der Erstellung ihrer Nationalen Reformprogramme empfiehlt Caritas Europa:

- ➔ Die Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern und Stakeholdern genug Zeit zu geben, im Prozess des Europäischen Semesters auf die Konsultationen zu antworten.
- ➔ Dauerhafte Strukturen für Konsultationen und Partizipation zu schaffen, Multi-Stakeholder-Gruppen daran zu beteiligen, einen sinnvollen Dialog aufzubauen, indem von einer reinen Informationsweitergabe zu voller Partizipation übergegangen wird.
- ➔ Einen kontinuierlichen Dialog zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und Organisationen der Zivilgesellschaft in der Vorbereitung und Annahme der Nationalen Reformprogramme und des Jahreswachstumsberichts zu erleichtern.